

Vorschau auf die Landratssitzung vom 24. September 2020

An der Landratssitzung vom 24. September – coronabedingt wiederum im Congress Center Basel – wird ein breites Band an Themen beraten: Unter anderem geht es um ein neues Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, um das regionale ÖV-Angebot und um den Leistungsauftrag für die Fachhochschule Nordwestschweiz für die nächsten Jahre.

Der Landrat befasst sich in erster Lesung mit dem **Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit** (GSA) und dem **Arbeitsmarktaufsichtsgesetz** (FLAMAG). Beide Gesetze sind seit Februar 2014 in Kraft und werden nun einer Totalrevision unterzogen, nachdem die zuständige Direktion seit Längerem verschiedene Probleme bei der Umsetzung und der Finanzierung beklagt hatte. Zudem haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Vergabe von Staatsaufträgen geändert, und im Landrat wurde mit mehreren überwiesenen Vorstössen eine punktuelle Änderung der Gesetzgebung angeregt. – Die beiden Gesetze wurden intensiv und lange in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) vorberaten. Obschon in der VGK einige Änderungen gegenüber der Gesetzesvorlage der Regierung vorgenommen wurden, bleibt die Stossrichtung unverändert. Dies betrifft insbesondere den Finanzierungsmodus: Dieser soll sich neu nach dem Output (der Anzahl erbrachter Kontrollen) richten, und nicht wie bisher inputgesteuert sein (indem die Anzahl der zu finanzierenden Stellen gesetzlich festgeschrieben sind). Die oft kritisierte Pauschalsubventionierung durch eine automatische Verdoppelung der Vollzugskostenbeiträge im Bereich der flankierenden Massnahmen würde damit abgeschafft. Statt einer kann-Formulierung wird der Regierungsrat nunmehr verpflichtet, einen Dritten mit Kontrollen im Baugewerbe zu beauftragen. In GSA § 15 (Zwangsmassnahmen und Gebühren) wurde aus dem bestehenden Gesetz die «Einstellung der Arbeiten» als Massnahme übernommen und wieder integriert. – *Die vorberatende Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen bei 1 Enthaltung Zustimmung zu der Vorlage. (Traktandum 9; zum [Geschäft](#))*

Mit einer Totalrevision soll das aus dem Jahr 1990 stammende und letztmals 1998 überarbeitete Dekret über das **Angebot im regionalen Personenverkehr** (Angebotsdekret) den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Die wichtigsten inhaltlichen Anpassungen betreffen die Schaffung eines zusätzlichen Angebotsbereichs «Ergänzungsangebot» und die Anpassung der Betriebszeiten. Weiter werden die Erschliessungskriterien aktualisiert, indem für die Erschliessungswirkung einer Haltestelle neu nicht nur Radien massgebend sind, sondern auch die Taktdichte des Verkehrsmittels. Zudem erhalten Gemeinden die Möglichkeit, mit kantonaler Unterstützung neue Angebote als Probetriebe einzuführen. Zusätzlich zu den inhaltlichen Anpassungen wurde die Struktur des Dekrets überarbeitet, die Terminologie den aktuellen Gegebenheiten angepasst und veraltete Bestimmungen wurden aufgehoben. – *Die vorberatende Bau- und Planungskommission empfiehlt dem Landrat einhellig Zustimmung. (Traktandum 11; zum [Geschäft](#))*

Die **Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)** steht unter der gemeinsamen Trägerschaft der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn. Die FHNW erstattet den vier Trägerkantonen jährlich Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags. Die Berichterstattung ist von den Parlamenten zu genehmigen. Neben der nun vorliegenden **Berichterstattung 2019** muss per 1. Januar 2021 der **Leistungsauftrag inklusive Globalbeitrag** erneuert werden. Im Zuge dessen soll auch die Leistungsauftragsperiode von drei auf vier Jahre verlängert sowie die Eigentümerstrategie des Kantons Basel-Landschaft aktualisiert werden. Der beantragte Globalbeitrag für die vier Jahre 2021–2024 beträgt CHF 937,5 Mio. Die Trägerbeiträge für den Kanton Basel-Landschaft belaufen sich gemäss aktuellem Verteilschlüssel auf insgesamt CHF 270,84 Mio. – *Sowohl die Interparlamentarische Kommission FHNW als auch die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragen dem Landrat einstimmig, den Landratsbeschlüssen zur Berichterstattung 2019 respektive zum Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2021–2024 zuzustimmen. (Traktanden 13 [zum [Geschäft](#)] und 14 [zum [Geschäft](#)])*

Nebst diesen und anderen Sachvorlagen sind auch parlamentarische Vorstösse und zahlreiche Interpellationsantwortungen traktandiert. Diese Geschäfte sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.